



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 25

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2020

DEN FOLGEN DER KRISE BEGEGNEN: DIE SOZIALE STADT WEITER AUSBAUEN UND FÜR DIE ZUKUNFT ABSICHERN

Wien ist eine gerechte und lebenswerte Stadt. Jahrzehnte lang wurde die Politik auf faire und ausgleichende Lebensbedingungen ausgerichtet. Gerade in der Corona-Krise, die auch Wien vor große Herausforderungen stellt, ist es besonders wichtig, diese Errungenschaften zu erhalten und weiter auszubauen. Sie sind schließlich Voraussetzung für ein positives Miteinander und die Sicherung der Lebensqualität für die Zukunft.

Ein breites Netz an kommunaler Infrastruktur das in der Vergangenheit geschaffen wurde, trägt heute wesentlich zu einer lebenswerten Stadt bei und hilft die schlimmen Folgen der Krise abzumildern. Vom sozialen Wohnbau, über Arbeitsmarktfördermaßnahmen, qualitativ hochwertigen Bildungseinrichtungen bis hin zu Pflege- und Betreuungseinrichtungen, die für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen da sind. Dieses dichte Netz an sozialen Einrichtungen führt heute dazu, dass Wien im weltweiten Vergleich zu den Städten mit höchster Lebensqualität zählt. Zurecht findet dieses Modell heute international hohe Beachtung. Trotz dieser guten Ausgangssituation sind weiterhin besondere Anstrengungen und Maßnahmen notwendig um den Herausforderungen der bestehenden Krise zu begegnen.

Arbeitsmarkt/Wirtschaft

Besonders spürbar ist die Corona-Krise am Wiener Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktsituation in Wien hat sich aufgrund von Corona deutlich verschlechtert. Die unselbstständige Beschäftigung ist um 15.000 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote ist auf 13,9% (+ 2,9) gestiegen. Ende September waren 138.700 Personen arbeitslos gemeldet, das sind um 30.000 mehr als im Vorjahr¹⁾. Die größten Anstiege betreffen die Jungen, AusländerInnen und Personen mit max Pflichtschulausbildung.

Junge Menschen sind von den Auswirkungen von Corona auf den Arbeitsmarkt besonders betroffen. Mit Ende September waren 13.463 20-24jährige arbeitslos, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 30%. Viele von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, da sie diese nicht zu Ende gebracht haben, zur Lehrabschlussprüfung nicht angetreten sind oder diese nicht geschafft haben. Daneben ist ein Teil dieser Gruppe in Berufen beschäftigt, die derzeit keine guten Beschäftigungschancen bieten.

Auch wenn die Arbeitslosenzahlen in den letzten Wochen etwas zurückgegangen sind, wird keine substantielle Verbesserung in den nächsten Monaten erwartet. Einschätzungen gehen von einer weiterhin besonderen Problematik insbesondere in den Bereichen Stadt- und Kongresstourismus, Kultur und Gastronomie und aller vor- und nachgelagerten Bereiche aus, die noch länger andauern wird. Insbesondere gehört der Tourismus zu den am stärksten von der Covid-Krise betroffenen Branchen, und innerhalb dieser Branche gab es im Städtetourismus die stärksten Rückgänge.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Im Zeitraum von Mai bis Juli gab es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Nächtigungsrückgang um 86%, bzw ein Minus von 4,15 Mio Nächtigungen. Auch im Juli betrug der Nächtigungsrückgang noch immer 73,3%.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern konnte Wien auch keine steigenden Nächtigungszahlen von Inländern verzeichnen. Im Gegenteil, auch die Inländernächtigungen gingen in Wien, wenn auch etwas weniger zurück. Im Juli sanken die Nächtigungen von ausländischen Gästen in Wien um 78,7% (-1,12 Mio) und die von inländischen Gästen um 40% (-93.300).

Auch der Handel hat nach wie vor Einbußen und mit dem Winter wird auch die Baubranche wieder deutliche Abschwünge erleben, die sich dann voraussichtlich im Frühjahr fortsetzen werden. Die Arbeitslosigkeit wird daher jedenfalls hoch bleiben. Besonders betroffen sind auch Frauen, die aufgrund der Corona Maßnahmen deutlich stärker wieder in der Kinderbetreuung eingesetzt sind, wodurch der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt besonders schwierig wird.

Zu erwarten ist auch, dass aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit Langzeitarbeitslose und Menschen mit Beeinträchtigungen besonders schwer in den Arbeitsmarkt reintegriert werden können. Zudem wird für den Herbst vom Wifo eine Arbeitslosenrate von 9,8% für Österreich prognostiziert.

Bildung

Schon im schulischen Normalbetrieb waren sich die ExpertInnen einig: Die Bildungschancen waren bereits vor der Krise ungerecht verteilt. Das Schulsystem schiebt sehr viel Arbeit ins Zuhause der Kinder, das derzeitige System schafft es nicht, den Lernstoff in der Schule zu vermitteln: Drei Viertel der Schulkinder brauchen ihre Eltern zum Lernen. Rund ein Drittel der Schulkinder braucht Nachhilfe. Für privaten Zusatzunterricht zahlen Eltern jährlich insgesamt 90 - 100 Mio €. Trotzdem bekommen 40.000 Kinder keine Nachhilfe, obwohl sie Förderung brauchen würden.

Die Schulschließungen während des Corona-Lock-Downs haben die Probleme des österreichischen Schulsystems weiter verschärft. Für Kinder und Eltern war der Corona-Lock-Down eine außergewöhnliche Belastung. Kindergärten und Schulen waren geschlossen. Die Kinder waren sozial isoliert. Die Eltern mussten Job, HomeOffice, Kinderbetreuung und/oder Homeschooling unter einen Hut bringen. Die Lernschere ist durch Corona-Schulschließungen weiter aufgegangen.

Während die einen einfach zum (Kinder-)Buch im gut sortierten Bücherregal greifen konnten, hatten andere nicht einmal einen Laptop oder Tablet mit stabiler Internetverbindung, um Lernapps oder ELearning-Programme aufzurufen. Während die einen im eigenen Kinderzimmer am höhenverstellbaren Kinder-Schreibtisch arbeiten konnten, mussten sich andere Kinder ihren Arbeitsplatz am Mittagstisch einrichten – und oft mit ihren Geschwistern teilen.

Während dem Lock-Down mussten die Eltern von heute auf morgen als ErsatzlehrerInnen einspringen. Die Hälfte der Eltern bestätigten in einer AK-Umfrage, dass sich der Druck beim Lernen durch die Schulschließungen weiter erhöht hat. Der Lock-Down und die soziale Isolation stellte Kinder und Jugendliche, aber auch deren Eltern auf eine harte Probe. Vor allem in beengten Wohnverhältnissen führte dies schnell zu Konfliktsituationen. Hinzu kommt, dass die Perspektivlosigkeit der Jugend groß ist. Mit Ende September suchten fast 43.000 junge Menschen in Österreich einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

In den kommenden Monaten besteht die große Gefahr, dass Kinder und Jugendliche, bei denen die Lernschere weiter aufgegangen ist, den Anschluss im Unterricht ohne gezielte Fördermaßnahmen gänzlich verlieren. Aufgrund einer 2. Welle und den saisonalen Erkrankungen im Herbst/Winter herrscht



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

außerdem große Verunsicherung. Auch wenn eine flächendeckende Schließung von Kindergärten und Schulen laut Ankündigung der Bundesregierung vermieden werden soll, sind punktuelle Schließungen sehr wahrscheinlich.

Soziale Stadt

In Wien wurde die Politik jahrzehntelang auf ausgleichende Mechanismen hin ausgerichtet. Ein breites Netz an kommunaler Infrastruktur ist heute das Fundament für eine gerechte Stadt, das Wien auch durch die Krisenzeiten der Corona-Pandemie bringen wird. Grundlage der sozialen Stadt ist der Sozialstaat, der sich als Erfolgsmodell bewährt hat. Werden hier schmerzhaft Einschnitte in ein gut funktionierendes Sozialsystem vorgenommen, bleiben auf städtischer Ebene nur noch geringe Mittel, um grobe Fehler zu reparieren. Um hohe Lebensqualität für alle sicherzustellen, muss der Sozialstaat erhalten und weiterentwickelt werden. Es braucht umfassende Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, gut ausgebaute Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und ein verlässliches Pensionssystem.

Darüber hinaus haben wachsende Städte eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, für die es neue Infrastruktur im Wohn-, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich braucht. Hier braucht es ein Bundesprogramm zur Förderung sozialer Stadtentwicklung. Die Corona Krise setzt Städten und Gemeinden finanziell massiv zu. Vor allem die Mindereinnahmen bei der Kommunalsteuer, die sich durch Kurzarbeit und hoher Arbeitslosigkeit ergeben und die – bedingt durch die Steuerreform – geringeren Ertragsanteile schmälern die Haushalte der Kommunen. Um nicht Gefahr zu laufen, die laufenden Ausgaben nicht abdecken zu können braucht es die Unterstützung vom Bund. Gerade wachsende Städte muss der Bund mit ausreichend finanziellen Mitteln unterstützen, um die hohe Lebensqualität auch für zukünftige Generationen zu sichern.

Als Folge der Corona-Krise ist mit steigender Armut und Ausgrenzung zu rechnen, deren Bekämpfung heute besonders wichtig ist. Europäische Vergleiche zeigen, dass viele von Armut oder Armutsgefährdung betroffene Menschen in Ballungszentren leben. Gerade die Eindämmung von Kinderarmut ist ein zentrales Ziel der Wiener Sozialpolitik. Deshalb werden in der Wiener Mindestsicherung weit höhere Richtsatzleistungen für Kinder geleistet, als in anderen Bundesländern. Für eine wirksame Armutsbekämpfung ist es daher notwendig, dass der Bund für einheitliche Vorgaben sorgt, die keine Leistungskürzungen zulasten von Kindern zulassen, denn jedes Kind verdient die gleichen Chancen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung steigen die Bedarfe im Gesundheits- und Pflegebereich generell und erreichen in Zeiten einer Pandemie eine zusätzliche Spitze. Eine besonders große Herausforderung ist der Personalnotstand von Gesundheitsberufen. Mittel des Pflegefonds müssen massiv aufgestockt werden, um eine Ausbildungsoffensive und die dringend nötigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu finanzieren.

Gerade die aktuelle Gesundheitskrise verdeutlicht die Wichtigkeit, dass die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur einer zentralen Einheitskasse nicht zu Nachteilen in der regionalen Versorgung führen darf. Die Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln durch regionale Anbieter ist auch in Zukunft sicherzustellen. Eine Schwächung der Wirtschaft und der Verlust von regionalen Arbeitsplätzen in der Gesundheitswirtschaft sind zu vermeiden.

Wohnen

Wien ist einerseits die Welthauptstadt des sozialen Wohnbaus. Andererseits war die Lage auf dem Wiener Wohnungsmarkt bereits vor der Krise stark angespannt. Zwei wesentliche Ursachen sind dafür



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

verantwortlich. Erstens gab es im letzten Jahrzehnt ein starkes Bevölkerungswachstum. Dieses ist vor allem auf die Wiedervereinigung des mitteleuropäischen Arbeitsmarktes im Jahr 2011 zurückzuführen. Zweitens herrschte in den letzten Jahren eine regelrechte „Flucht ins Betongold“. Hervorgerufen wurde diese von der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Auf den sich daraus ergebenden Wohnungsmangel, insbesondere im geförderten leistbaren Wohnsegment wurde reagiert. Neben der Einführung der Widmungskategorie geförderter Wohnbau stellt der Wohnfonds Wien seit 2016 deutlich mehr Grundstücke zur Verfügung. Daneben wurden die stadt eigenen Wohnungsbestände niemals privatisiert.

Nicht zuletzt dadurch konnte eine Steigerung der Projektentwicklungen, insbesondere im geförderten Projektsegment erreicht werden. Derzeit befinden sich deshalb viele Projekte in Entwicklung bzw in Fertigstellung, insbesondere auch geförderte Projekte. Darüber hinaus führte die Corona-Krise zu einem deutlichen Nachfrageeinbruch im gewerblichen Kurzfristbereich, zB bei AirBnB Wohnungen. Viele Wohnungen aus diesen Segmenten gelangten in den letzten Monaten wieder auf den regulären Wohnungsmarkt.

Seit Beginn der Krise sind allerdings im Bereich der Baureifmachung sinkende Aktivitäten feststellbar. Weitere künftige, neue Projektentwicklungen und Projektrealisierungen und die Beibehaltung einer hohen Bauleistung sind deshalb ungewiss.

Zusätzlich ist durch die persönlichen Einschränkungen die sich aus der Krise ergaben die Nachfrage und die Ansprüche an die direkte, individuelle Wohnqualität gestiegen. Dies betrifft insbesondere die Nachfrage und den Wunsch nach mehr Ausstattungsqualität sowie wohnungsbezogene Ergänzungen wie zB die Wohnungsausstattung mit Balkon, Terrasse, Loggia. Darüber hinaus werden Anforderungen aus der Klimaanpassungen zunehmend wichtiger.

Daseinsvorsorge/öffentlicher Raum

Die Pandemie war von einem starken Einbruch bei der Anzahl der Wege und auf ein Rückbesinnen der Erholungsmöglichkeiten in der Stadt begleitet. Der öffentliche Raum erlangte einen massiven Bedeutungsgewinn. Er dient als Ausweichmöglichkeit für geschlossene Kultur- und Veranstaltungsorte, bietet Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten (Sport, Tanz, Kurse...) und wird nicht zuletzt als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche genutzt. Zahlreiche innerstädtische Bereiche (Karlsplatz, Zwidemu, Donaukanal...) haben sich als neue essentiell wichtige Treffpunkt etabliert. Der Druck auf den öffentlichen Raum und die Notwendigkeit diesen in hoher Qualität zur Verfügung zu stellen, ist gestiegen. Die Diskussion über die Öffnung der Bundesgärten während der Pandemie hat eindrucksvoll bewiesen, dass eine lebendige Stadt, einen lebendigen öffentlichen Raum benötigt. Ebenso hat sich gezeigt, dass abnehmende Verkehre, vor allem im motorisierten Individualverkehr, bedeutende Gewinne bei der Luftqualität und bei der Lärmbelastung mit sich bringen.

Zentrale Leistungen der Daseinsvorsorge, wie die Wasser- und Energieversorgung oder die Abfallwirtschaft haben ohne Unterbrechung und reibungslos die Bevölkerung versorgt. Die Krise hat gezeigt, wie stark die Bevölkerung auf öffentliche Dienste im Rahmen der Daseinsvorsorge im Bereich Erholung, Wasser- und Energieversorgung, Abfallwirtschaft angewiesen ist und wie gut diese in öffentlicher Hand funktionieren. Sie hat aber auch gezeigt wie wichtig gute Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Hand zur Stabilisierung in Krisenzeiten sind.

Gerade beim Schulneustart und mit Ende der Urlaubssaison ist mit einem neuen hohen Druck auf den öffentlichen Raum, auch als Ort der unmittelbaren Erholung vor Ort, zu rechnen. Durch die Krise wird

der Druck in Richtung Einsparungen und Privatisierung/Liberalisierung in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge steigen.

Verkehr/Klimagerechtigkeit

Im Verkehrsbereich waren durch die Corona Krise deutliche Verschiebungen bei der Anzahl der zurückgelegten Wege feststellbar. Der öffentliche Verkehr hatte kurzfristig Fahrgastrückgänge bis zu 90% zu verzeichnen und ist noch immer mit niedrigen Fahrgastzahlen sowie Image-Vertrauensverlust konfrontiert. Im Individualverkehr scheint ein Abstandhalten zu anderen Personen besser möglich und so folgten nach anfänglichen Rückgängen, Zunahmen. Das betrifft den motorisierten Individualverkehr mit PKW aber auch den Fuß- und Radverkehr. Die Wiener Radverkehrsstellen verzeichneten beispielsweise im Durchschnitt Steigerungen von + 29% an Werktagen und + 71 % an Wochenenden. Dieser Fahrrad-Trend hält weiter an.

Es wurde zwar versucht für aktive Mobilitätsformen mehr Platz in der Stadt zu schaffen, die meisten Maßnahmen hatten jedoch lediglich Symbolcharakter, ihre Wirksamkeit war beschränkt.

Mit dem angelaufenen Schulbetrieb und dem Ende der Urlaubssaison ist mit weiteren Verkehrszunahmen zu rechnen. Wichtig ist daher bestehende städtische Ziele im Bereich der Verkehrs- und Klimapolitik (Stärkung Umweltverbund, Flächenumverteilung zu Gunsten nachhaltiger Mobilitätsformen) nicht aus den Augen zu verlieren und hier bewusst zu steuern. Wenn es nicht gelingt, den öffentlichen Verkehr krisensicher für die Menschen zu attraktivieren, droht steigender Individualverkehr, der die Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu Nichte macht.

Die Krise zeigt auch, wie stark die Bevölkerung auf öffentliche Dienste im Rahmen der Daseinsvorsorge im Bereich Verkehr angewiesen ist. Deren Beschäftigte halten das System am Laufen und sind die wahren HeldInnen der Krise.

Allgemein müssen, den Reduktionszielen des Klimaschutzes folgend, beim Gesamtenergieverbrauch, in der Stadt einschneidende Maßnahmen zu dessen Ökologisierung (Gesamtverbrauch und/oder Energieerzeugungsmethode) gesetzt werden. Es müssen Maßnahmen gegen die Überhitzung der Stadt getroffen werden um die Hitzeauswirkungen besser handhaben zu können.

Für die Sicherung der Lebensqualität in Wien müssen kurzfristig die schlimmen Folgen der Krise abgemindert, und langfristig die Soziale Stadt weiter ausgebaut und abgesichert werden. Hierfür sind wichtige Weichenstellungen durchzuführen. Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher:

Arbeitsmarkt/Wirtschaft

- Damit die Zeit der Arbeitslosigkeit genützt werden kann um fehlende Qualifikationen zu erwerben oder sich beruflich umzuorientieren braucht es gerade für junge Erwachsenen eine Qualifizierungsoffensive. Die angekündigte Arbeitsstiftung für alle muss als Qualifizierungsoffensive umgesetzt werden, die regionale Qualifizierungsschwerpunkte ermöglicht. Dazu braucht es zusätzliches AMS Budget.
- Darüber hinaus braucht es auch beschäftigungsfördernde Maßnahmen, vor allem im öffentlichen oder gemeinnützigen Bereich um Beschäftigung zu schaffen.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

- Es braucht zusätzliches AMS Personal um die stark gestiegene Zahl der beim AMS gemeldeten Personen bestmöglich betreuen zu können.
- Um junge Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen, braucht es unterschiedliche Konzepte, einerseits soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, Ausbildungsabschlüsse nachzuholen bzw sich beruflich umzuorientieren. Darüber hinaus müssen sie intensiv beim Berufseinstieg unterstützt werden.
- Die Bundesregierung soll die „Chance 45“, eine AK-Weiterentwicklung der Aktion +20.000, bundesweit umzusetzen, um zusätzliche, kollektivvertraglich entlohnte Arbeitsplätze im gemeinnützigen Bereich in Gemeinden und Ländern für langzeitarbeitslose Menschen zu schaffen.
- Auf Bundesebene soll ein Aktionsplan für eine bessere Umsetzung des Anerkennungsgesetzes entwickelt werden, damit Menschen bei der Anerkennung ihrer informell und formell erworbenen Kompetenzen besser unterstützt werden.
- Weitere Umsetzung des Qualifikationsplans Wien 2030 um auch auf der Ebene der Stadt einen Qualifizierungsschwerpunkt zu setzen.
- Weiterführung der Joboffensive 50+ um älteren Menschen Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu ermöglichen.
- Die Stadtregierung soll für 2021 ein Anti-Krisenbudget erstellen. Für Investitionen in Zukunftsbereiche – Schulen, Kindergärten, geförderter Wohnbau, öffentlicher Verkehr, Klimaschutz – sollen bewusst finanzielle Verbindlichkeiten eingegangen werden.
- Zur Entspannung der Gemeindefinanzen und Kompensation der steuerlichen Mindereinnahmen braucht es vom Bund zur Deckung der laufenden Ausgaben ein Hilfspaket von insgesamt zwei Milliarden Euro für 2020 und 2021.
- Die Verstärkung der bundesländerüberschreitenden wirtschaftspolitischen Kooperation (etwa der Standortagenturen) soll weiter betrieben werden.
- Mit der „Stolz auf Wien GmbH“ sollen mit städtischen (20 Mio Euro) und privaten/institutionellen Mitteln (Ziel: 30 Mio) temporäre Beteiligungen von bis zu 20% an für Wien wichtigen Unternehmen eingegangen werden, die in ihrer Existenz gefährdet sind.
- Für besonders von der Krise betroffene Betriebe im Wiener Tourismus braucht es einerseits Unterstützung in Form von zusätzlichen Zuschüssen. Voraussetzung und Bedingung dafür sind Beschäftigungsgarantien, die Verknüpfung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die alle Qualifikationsstufen betreffen, entsprechende Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung eines optimierten Schutzes vor Ansteckung. Weites muss das Instrument der **Arbeitsstiftung** für diese spezielle AN-Gruppe maßgeschneiderte Perspektiven bieten.

Bildung

- Für mehr Bildungsgerechtigkeit sind zielgerichtete Fördermaßnahmen mit Hilfe des AKChancenindex notwendig, um jedes Kind und jeden Jugendlichen nach der Corona-Zeit bestmöglich zu unterstützen. Standortbezogen soll entschieden werden, welche Personalressourcen dafür notwendig sind. Das Bildungsministerium soll das angekündigte Chancenindex-Pilotprojekt rasch und unbürokratisch umsetzen und auf mindestens 500 (Volks-)Schulen ausweiten.
- Mehr echte Ganztagschulen, in denen Unterricht, Üben, Freizeit und Sport über den ganzen Tag verteilt sind. Die ambitionierten Ausbau-Pläne in Wien müssen durch entsprechende Bundesmittel unterstützt werden.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

- Kostenfreies verpflichtendes 2. Kindergartenjahr: Verbesserung der Deutschförderung im Kindergarten und Schulen. Der AK-Sprachschlüssel schlägt dafür ein Modell vor, das eine durchgängige Förderung vom Kindergarten über die Volksschule in engem Betreuungsverhältnis sowie spezifische Förderung für QuereinsteigerInnen sichert.
- Die Anstrengungen der Stadt Wien beim Schulausbau im Pflichtschulbereich müssen durch einen entsprechenden Ausbau bei den Bundesschulen (va BHS) begleitet werden.
- Für die Aufstockung der Überbetrieblichen Ausbildung müssen für 2020 und vor allem für 2021 von der Bundesregierung ausreichende Mittel im AMS Budget vorgesehen werden, also eine Aufstockung erfolgen.
- Sowohl Bund (Ministerien, Betriebe im Bundeseigentum) als auch die Stadt sollen zusätzliche Lehrlinge aufnehmen. Die Stadt Wien hat bereits angekündigt, mehr Lehrlinge aufnehmen zu wollen. Von der Bundesregierung bzw den Ministerien fehlt eine solche Zusage bis jetzt.

Soziale Stadt

- Auf Bundesebene muss das Erfolgsmodell des österreichischen Sozialstaats erhalten und ausgebaut werden. Um hohe Lebensqualität für alle sicherzustellen, braucht es umfassende Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, gut ausgebaute Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und ein verlässliches Pensionssystem.
- Es braucht ein Bundesprogramm zur Förderung gerechter Stadtentwicklung. Um den Erhalt und Ausbau von Infrastrukturen im Wohn-, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich auch in Krisenzeiten zu sichern, muss der Bund wachsende Städte mit ausreichend finanziellen Mitteln unterstützen.
- Einheitliche Vorgaben für Leistungen aus der Mindestsicherung ohne Leistungskürzungen müssen etabliert werden, damit eine wirksame Armutsbekämpfung – gerade auch in der Corona-Krise – möglich ist.
- Um den Anforderungen der demographischen Entwicklung und den steigenden Bedarfen im Gesundheits- und Pflegebereich auch in den Zeiten einer Pandemie gerecht zu werden, müssen die Mittel aus dem Pflegefonds zur Finanzierung einer Ausbildungsinitiative aufgestockt werden.
- Gerade mitten in einer Gesundheitskrise darf es bei der Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zu einer Einheitskasse nicht zu regionalen Nachteilen kommen. Die Besonderheiten Wiens als Großstadt müssen im Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen Berücksichtigung finden, um gleiche Leistungen für alle sicher zu stellen.

Wohnen

- Die Bundesregierung muss das Mietrechtsgesetz novellieren. Erforderlich sind ein größerer Anwendungsbereich und taugliche Mietzinsbegrenzungen. Bei Zuschlägen von 20 Prozent des Richtwerts soll Schluss sein.
- Die gesetzlichen Stundungen für Mietzinszahlungen wegen der Corona Krise sind mit Juni ausgelaufen – die Krise nicht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Stundungsgesetz auch für die restlichen Mietzahlungen des Jahres 2020 zu verlängern, sowie einen Solidarfonds zu schaffen, der für MieterInnen, welche aufgrund der Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, Mietzahlungen übernimmt.
- Befristungen müssen abgeschafft werden. Die Sicherheit von Mietwohnungen bei Immobilienfirmen und Privatpersonen soll deutlich erhöht werden. Dafür ist es erforderlich, die Befristungsmöglichkeiten für VermieterInnen einzuschränken. Gerade große Immobilienfirmen

können keinen künftigen Eigenbedarf haben und sollen daher nicht mehr befristet vermieten dürfen.

- Die seitens der Bundesregierung beabsichtigte Maklerprovisionspflicht für VermieterInnen soll rasch umgesetzt werden. Ferner soll sie um eine Maklerprovisionspflicht für WohnungsverkäuferInnen ergänzt werden.
- Grundstücke des Bundes oder von öffentlichen Unternehmen müssen vorwiegend für den geförderten Wohnbau zur Verfügung gestellt werden. Vom Verkauf an den Höchstbietenden muss explizit – wenn nötig per Gesetz – Abstand genommen werden.
- Um dem Nachfragedruck zu entsprechen muss die Neubauleistung va im geförderten Bereich weiter auf hohem Niveau gehalten werden. Hierfür muss die Baulandverfügbarkeit und Grundstücksmobilisierung vorangetrieben, Spekulation bekämpft, Grundstücksbevorratung in Zeiten schwächelnder Nachfrage ausgebaut und die Projektentwicklung und Baureifmachung aktiv fortgesetzt werden.
- Der seit der Krise feststellbare Nachfrageeinbruch im gewerblichen Kurzfristbereich, zB bei AirBnB Wohnungen muss für bessere Regulierungen und deren Umsetzung genutzt werden. Diese Wohnungen müssen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt werden. Die Stadt Wien soll die aktuelle Offensive des Wohnfonds Wien (2018 – 2020) ein weiteres Mal (2021 – 2023) in vergleichbarer Größenordnung fortsetzen. Ein ausreichendes Angebot an geförderten Neubauwohnungen stabilisiert und beruhigt den Wohnungsmarkt nachhaltig.

Daseinsvorsorge/öffentlicher Raum

- Es braucht ein klares Bekenntnis zu einer sozial und ökologisch orientierten Krisenbekämpfung und zum Klimaschutz, es sollen neue Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen sowie Investitionen intensiviert und rasch umgesetzt werden. Die Unternehmen der Daseinsvorsorge (im Eigentum und Wirkungsbereich der Stadt) können und sollen dabei eine besondere wichtige Rolle spielen.
- Investitionen in die thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden (und in Gemeindebauten), Investitionen in die erneuerbare Energieversorgung und in den Ausbau und die Attraktivierung des Umweltverbundes (Fuß, -Rad- und öffentlicher Verkehr) sind dabei von doppeltem Nutzen.
- Die Qualität der des öffentlichen Raumes muss den – nicht nur Corona-bedingt – gestiegenen Anforderungen Rechnung tragen. Es braucht eine hochwertige Ausstattung, die Sicherstellung der Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen und die Vorsorge und Erreichbarkeit von konsumzwangfreien Aufenthaltsorten. Ein qualitätsvolles Wohnumfeld macht krisenfest und ist die Basis für Lebensqualität.
- Um die erforderlichen Begrünungen, Baumpflanzungen und Mikrofreiräume gegen die zunehmende Hitze in der Stadt als Maßnahme gegen Kühlearmut von Menschen konsequent umsetzen zu können, braucht es eine Neuaufteilung des Straßenraums sowie ein durchgängiges Flächenentsiegelungskonzept. Gepaart mit einer Öffnung der ohnedies öffentlichen Sport- und Freizeitflächen (Schulen, Universitäten, Bundesgebäuden usw.) können so dringend benötigte Spiel- und Erholungsflächen nutzbar gemacht werden.

Verkehr/Klimagerechtigkeit

- In der baulichen Entwicklung müssen Flachdächer verpflichtend intensiv begrünt und benutzbar sein, Fassadenbegrünungen und die Nachrüstung von baulichen Beschattungselementen



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

- (Fensterläden) unterstützt und erleichtert, sich leicht aufheizende und hitzespeichernde Materialien vermieden werden.
- Es gilt auch zu Pandemiezeiten auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie Klimaziele zu achten, daher ist der Umweltverbund mehr denn je zu stärken. Der ÖV muss noch krisensicherer werden. Mehr Personal und entsprechend ausgebauter Infrastruktur in der Agglomeration und deren Umland müssen eine starke, soziale und umweltfreundliche Mobilität, auch auf längeren Strecken gewährleisten.
 - Um den Fahrgastrückgängen im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu begegnen und das Vertrauen der Fahrgäste zurückzugewinnen braucht es eine Imagekampagne. Durch mehr Personal im öffentlichen Verkehr sollte darüber hinaus das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht werden.
 - Dichtere Intervalle und andere Maßnahmen, die „mehr Platz pro Person in Bussen und Schienenfahrzeugen“ unterstützen, sollten insbesondere zu Stoßzeiten das Abstandhalten ermöglichen. Um starke punktuelle Auslastungen zu vermeiden, sollte die Einführung gestaffelter Schulöffnungszeiten angestrebt werden. Die Beibehaltung und Ermöglichung von Homeoffice könnte eine weitere Entflechtung der Fahrgastauslastungen gewährleisten.
 - Um den, seit Krisenbeginn deutlich gestiegenen Fuß- und Radweganteilen zu entsprechen, muss die Qualität dieser Netze prioritär verbessert werden. Nachholbedarf gibt es diesbezüglich im Bereich der Flächenzuteilung und Priorisierung. Die Schaffung guter Bedingungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen wirkt auch enorm auf die Lebensqualität einer Stadt: stadtgerechte Geschwindigkeiten, qualitätsvolle Radinfrastruktur, breite Gehsteige ohne Hindernisse, viel Grün mit Sitzmöglichkeiten, schafft eine Stadt mit angenehmen Wegen, die zum Verweilen einlädt.
 - Es braucht Wertschätzung gegenüber den im Verkehr Beschäftigten durch entsprechende Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und einen optimierten Schutz vor Ansteckung. Sollten Verkehre ausgeschrieben werden müssen, sind Qualitäts- und Sozialkriterien einzuhalten. Ausschreibungen dürfen nicht länger zulasten der Beschäftigten und ihrer Arbeitsbedingungen gehen. Fahrgastrechte und ArbeitnehmerInnenschutz dürfen zu keinem Wettbewerbsnachteil führen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig